

Empfehlungen

der Ausschüsse

zur

Informationstechnik

Konzeption der Bundesregierung zur Förderung der Entwicklung der Mikroelektronik, der Informations- und Kommunikationstechniken

Punkt der 543. Sitzung des Bundesrates am 16. November 1984

A.

Der Ausschuß für Verkehr und Post und
der Wirtschaftsausschuß
empfehlen dem Bundesrat, zu der Vorlage wie folgt
Stellung zu nehmen:

1. Der Bundesrat begrüßt die Konzeption der Bundesregierung zur Förderung der Mikroelektronik, der Informations- und Kommunikationstechniken und teilt die Beurteilung der Bundesregierung hinsichtlich der Ausgangslage im nationalen und internationalen Bereich.

2. Die in dem Bericht dargelegten Ziele der Bundesregierung sind nach Auffassung des Bundesrates im wesentlichen geeignet und angemessen, der Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Informationstechnik in der Mikroelektronik und in Teilbereichen der Datenverarbeitung zu begegnen.
3. Der Bundesrat sieht in den Informations- und Kommunikationstechniken ein geeignetes Mittel, die Standortnachteile strukturschwacher Räume zu verringern. Er fordert deshalb die Bundesregierung auf, dieses regionalpolitische Ziel bei ihren weiteren Entscheidungen zum Ausbau und Einsatz dieser Techniken zu beachten und die hierdurch neu eröffneten Möglichkeiten zur Dezentralisierung zu nutzen.
4. Der Bundesrat begrüßt, daß die Bundesregierung verstärkt von der Direktförderung zur indirekten Förderung der Forschung übergeht, weil damit die Gefahr verringert wird, daß langfristig staatliche Anreize zu Fehlentwicklungen und Überkapazitäten führen. Er weist die Bundesregierung darauf hin, daß die noch vorgesehene Objektförderung nicht nur unter sektoralen, sondern auch unter regionalen Aspekten problematisch ist, weil sie zu einer weiteren Benachteiligung strukturschwacher Gebiete führen kann.

5. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, die beabsichtigten Maßnahmen zur Förderung und Entwicklung der Technischen Kommunikation zu konkretisieren. Er erwartet, daß die hierbei darzulegenden Einführungsstrategien für das ISDN (Integrated Services Digital Network, dienstintegriertes digitales Netzwerk), das Breitband-ISDN und die neuen Dienste nicht nur rein betriebswirtschaftliche Kriterien und Gesichtspunkte der technischen Verfügbarkeit, sondern das regionalpolitische Ziel, periphere Wirtschaftsräume möglichst frühzeitig an neue Kommunikationssysteme anzubinden, beachten und mit den Ländern abgestimmt werden.
6. Der Bundesrat weist auf die medienpolitische Zuständigkeit der Länder hin. Die Länder können sachgerecht an den Infrastrukturaufgaben im Zusammenhang mit den elektronischen Medien nur mitwirken, wenn ihnen die Ausbauplanungen möglichst frühzeitig mitgeteilt und mit ihnen abgestimmt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, beim Aufbau dieser Infrastruktur die regionalpolitischen Notwendigkeiten zu beachten.
7. Der Bundesrat begrüßt die Absicht der Bundesregierung auf dem Endgerätemarkt eine liberale Zulassungspolitik zu betreiben. Nach Auffassung des Bundesrates sollten Zulassungsanforderungen der Deutschen Bundespost sich möglichst auf die Erfüllung der Kriterien Betriebssicherheit, Netzschutz und Kompatibilität beschränken. Der Bundesrat ist auch der Auffassung, daß der Endgerätemarkt vorwiegend privaten Anbietern überlassen werden soll und die Deutsche Bundespost nur subsidiär als Anbieter auftreten sollte, wo es aus technischen Gründen unabweisbar ist.

8. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, eine Vertretung der Länder in der geplanten Kommission "Post- und Fernmeldewesen" sicherzustellen, da eine mögliche Neustrukturierung der Hoheits- und Unternehmensaufgaben der Deutschen Bundespost vitale Interessen der Länder berühren würde.
9. Der Bundesrat weist die Bundesregierung auf die besondere Bedeutung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken für die mittelständische Wirtschaft hin und auf die Notwendigkeit, der mittelständischen Wirtschaft die wirtschaftlichen Chancen zu erschließen, die für sie insbesondere in dem hohen Informationsverarbeitungs- und Dezentralisierungspotential der neuen Techniken liegen. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, auf eine akzeptable Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken durch kleine und mittlere Unternehmen hinzuwirken.
10. Der Bundesrat bekräftigt die Auffassung, daß wirtschaftliche Zukunftssicherung nicht nur der Förderung der Mikroelektronik und der Informations- und Kommunikationstechniken, sondern wesentlich auch einer Förderung der Akzeptanz der neuen Techniken bedarf. Er bittet die Bundesregierung, alle Anstrengungen zu unternehmen, auf ein innovations- und investitionsfreundliches Klima hinzuwirken.

B.

11. Der federführende Ausschuß für Kulturfragen empfiehlt dem Bundesrat, von der Vorlage Kenntnis zu nehmen.